Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 21. August 2012
Ausgabe 158
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **4**
› Faires Stadtleben – München bewirbt sich als „Fair Trade Town“ 4
› „München zeigt Gesicht!“ gegen Rassismus mit Plakataktion 6
› ESC Kongress 2012: München wieder Welthauptstadt der 7
Herzmedizin 7
Antworten auf Stadtratsanfragen **10**
› Städtische Verkehrspolitik in Laim und Pasing 10
› Auensiedlung II
Kommunikationspannen wie beim Einsatz in der Auensiedlung
im Februar 2012 verhindern 16

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **21**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Mittwoch, 22. August, 11 Uhr, Löwenbräukeller, Nymphenburgerstraße 2
Bei einem gemeinsamen Pressegespräch informieren Bürgermeister Hep Monatzeder, die Wiesnwirte Toni Roiderer und Christian Schottenhamel sowie die Unternehmen CERTIFIED COOLNESS Limited, FutureCamp GmbH und Zuckersucht GmbH über die Aktion „Wiesn-Klimafreunde & Öko-Wiesn", die im Rahmen des Bündnisses „München für Klimaschutz" entwickelt wurde. Das Pressegespräch soll auf die klima- und umweltfreundliche Wiesn in diesem Jahr aufmerksam machen und aufzeigen, wie auf der Wiesn CO_2 eingespart werden wird. Hingewiesen wird auch darauf, wie sich die Besucherinnen und Besucher des Oktoberfestes beteiligen können. Veranstalter ist CERTIFIED COOLNESS Limited.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Mittwoch, 22. August, 11 Uhr, Baustelle Sendlinger Straße, Treffpunkt: Kaufhaus Konen, Arkaden
Michael Schaller, Projektleiter, Abteilung Straßenplanung und -bau in der Hauptabteilung Tiefbau des Baureferats und Florian Hochstätter, Leiter des Sachgebietes Gestaltung öffentlicher Raum in der Hauptabteilung Hochbau des Baureferats informieren auf der Baustelle Sendlinger Straße über den Baufortschritt. Die Bauarbeiten zur Umgestaltung der Sendlinger Straße zwischen Färbergraben und Hackenstraße in eine Fußgängerzone wurden am 10. April 2012 begonnen. Derzeit erfolgen die Arbeiten im Bereich der „Hofstatt". Der reibungslose Ablauf der Arbeiten ermöglicht voraussichtlich einen früheren Fertigstellungstermin. Der Termin am 13. Oktober 2012 kann nach aktuellem Stand um drei Wochen, auf den 21. September 2012, vorverlegt werden.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Donnerstag, 23. August, 13 Uhr, Presserundfahrt zu drei Grundschul-Neubauten, Treffpunkt: Halle Technisches Rathaus, Friedenstraße 40
Stadtdirektor Franz Josef Balmert, Hauptabteilungsleiter Hochbau des Baureferats, informiert gemeinsam mit Siegfried Trautmannsberger, Leiter des Sachgebiets Planung und Neubau im Zentralen Immobilienmanagement des Referats für Bildung und Sport, über zwei Grundschulneubauten und eine Generalinstandsetzung mit neu errichtetem Erweiterungsbau für

Schulnutzung und Kindertagesstätte. In allen Schulen wird der Schulbetrieb im September 2012 aufgenommen werden. Mit der Entwicklung neuer Wohngebiete im Westen Münchens ist der Bedarf an Grundschulen und Kindertagesstätten erheblich gestiegen. Mit den drei Schulneubauten und ihrem Angebot zur ganztägigen Betreuung (Ganztagsklassen, Räume für Mittagsbetreuung, Tagesheim) wird die Versorgung in den jeweiligen Stadtteilen sicher gestellt.
Die Neubauten werden in der folgenden Reihenfolge besichtigt:
- Grundschule am Amphionpark, Welzenbachstraße 12
- Grundschule Nymphenburg Süd, Margarethe-Danzi-Straße 17
- Grundschule an der Helmholtzstraße (Helmholtzstraße 6)

Freitag, 24. August, 11.15 Uhr, Bauernfeindstraße 5 (Café)
Stadträtin Christiane Hacker (SPD) gratuliert dem Münchner Bürger Günter Scholz im Namen der Stadt zum 101. Geburtstag.

Freitag, 24. August, 11.30 Uhr, Murnauer Straße 63
Stadtrat Johann Stadler (CSU) gratuliert der Münchner Bürgerin Magdalena Wolf im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Freitag, 24. August, 13 Uhr, Hotel Bayerischer Hof (Gelber Salon), Promenadeplatz 2
Bürgermeister Hep Monatzeder spricht Grußworte auf der Pressekonferenz des Europäischen Kardiologenkongresses im Bayerischen Hof. Im Anschluss eröffnet er die Informationsveranstaltung „Alles fürs Herz“ auf dem Wittelsbacherplatz. Der Europäische Kardiologenkongress findet bereits zum dritten mal in München statt. Ein breites Begleitprogramm informiert die Öffentlichkeit über wichtige Fragen zur Gesunderhaltung des Herz-Kreislauf-Systems.
(siehe auch unter Meldungen)

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 28. August, 19 Uhr, BA-Geschäftsstelle Mitte, Tal 13 (nicht barrierefrei)
Ferienausschuss des Bezirksausschusses 2 (Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt).

Dienstag, 28. August, 18.30 Uhr, Sitzungssaal des Sozialbürgerhauses Sendling, Meindlstraße 16 - 20 (barrierefrei)
Sondersitzung des Bezirksausschusses 6 (Sendling) zum Thema: Bauvorhaben Danklstraße 7.

Dienstag, 28. August, 19.30 Uhr, Pfarrgarten der Nikodemuskirche (Clubraum), Echinger Straße 20 (barrierefrei)
Ferienausschuss des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann).

Dienstag, 28. August, 19 Uhr, Mensa der Ludwig-Thoma-Realschule, Fehwiesenstraße 118 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 14 (Berg am Laim).

Meldungen

Faires Stadtleben – München bewirbt sich als „Fair Trade Town"
(21.8.2012) Auf noch mehr Fairness und soziale Gerechtigkeit setzt die Landeshauptstadt München: Sie bewirbt sich in diesem Jahr um den Titel „Fair Trade Town", der von TransFair e.V. vergeben wird. „Den Preis für unsere Einkäufe zahlen andere – darunter Frauen, Kinder und Tagelöhner, die unter menschenunwürdigen Bedingungen ausgebeutet werden. Mit der Bewerbung soll unterstrichen werden, dass wir Münchnerinnen und Münchner die Augen vor der Realität nicht verschießen und, dass wir aktiv sind", sagt Bürgermeister Hep Monatzeder, der vom Stadtrat mit der Bewerbung beauftragt wurde. Die Aussichten, den Titel tragen zu dürfen, nennt Monatzeder gut. „München hat sich in der Vergangenheit immer wieder für den Fairen Handel stark gemacht und bereits Maßstäbe gesetzt." 2002 hat sich die Landeshauptstadt bewusst dafür entschieden, keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit einzukaufen.
„Inzwischen sind mehr als 200 Städte und Gemeinden dem Münchner Beispiel gefolgt", sagt Monatzeder. „Wir wollen aber noch einen Schritt weiter gehen. Mit Tatkraft und im Alltag setzt sich München gegen die Ausbeutung von Mensch und Umwelt ein. Deswegen ist die Motivation Fair Trade Town zu werden sehr hoch." Die Bewerbung kann Ende 2012 eingereicht werden.

Startschuss ist gefallen

„Wir sind bereits gut dabei. Einige der Kriterien für die Bewerbung sind in München längst umgesetzt", sagt Monatzeder. Der Stadtrat hat sich Ende 2011 für die Bewerbung ausgesprochen. Kürzlich hat die neu gegründete

Steuerungsgruppe getagt und den Startschuss für das Bewerbungsverfahren zur Fair Trade Town gegeben. Voraussetzung für den Erwerb des Titels ist die Erfüllung von fünf Kriterien (Informationen zum Bewerbungsverfahren gibt es unter *www.fairtrade-towns.de*). Aktuell nehmen Städte, Gemeinden und Landkreise aus 24 Ländern an der weltweiten Kampagne teil. Metropolen wie Kopenhagen, Antwerpen oder Lyon sind bereits Fair Trade Town. „Auch München könnte schon längst den Titel tragen. Bewusst haben wir uns dafür entschieden erst Strukturen zu schaffen, um auch langfristig das Thema im Blick zu haben", so Monatzeder. „Wir wollen dem Credo einer fairen Landeshauptstadt dauerhaft folgen."
Deswegen ist im Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) die Fachstelle Eine Welt geschaffen worden. Dort wird unter anderem die Klimapartnerschaft mit den Asháninka, einem indigenen Volk aus Peru, betreut. Die Fachstelle bietet stadtweit Beratung zum Thema fairer Einkauf an, vernetzt und koordiniert – in Kooperation mit dem Büro Bürgermeister Monatzeder und dem Nord Süd Forum München e.V. – Aktivitäten rund um den Fairen Handel. In der Steuerungsgruppe sind Vertreterinnen und Vertreter von Kirchen, von gemeinnützigen Vereinen, vom Einzelhandel und von der Stadtverwaltung beteiligt. „Wer in München einen Kaffee trinken geht, bekommt schon jetzt Produkte aus Fairem Handel angeboten. Wir wollen, dass dies aber noch öfter der Fall ist – auch innerhalb der Stadtverwaltung", sagt Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt.
In der Vollversammlung des Stadtrats werden bereits der vom Nord-Süd-Forum München e.V. entwickelte und fair gehandelte München-Kaffee sowie fair gehandelter Tee angeboten. „Um mit einem Vorurteil gleich aufzuräumen: Fair gehandelte Produkte sind manchmal nur unmerklich teurer. Billig shoppen geht jedenfalls fast immer auf Kosten der Ärmsten, die unter inakzeptablen Bedingungen arbeiten müssen", so Lorenz. Aktuell ist die Fachstelle Eine Welt nach seinen Worten dabei, das Angebot im Einzelhandel und der Gastronomie in München zu erfassen.

Fair Play in Schulen

Für die nahe Zukunft gibt es bereits Pläne für ein noch gerechteres Stadtleben: Auf noch mehr Fair Play wird künftig auch im Sportunterricht an Münchner Schulen gesetzt. Ab 2013 werden handgenähte Sportbälle für den Unterricht nur dann erworben, wenn sie fair gehandelt und damit zertifiziert sind. Bei Tisch soll es ebenfalls nachhaltig zugehen: Der Anteil an fair und ökologisch erzeugten Lebensmitteln an Münchner Schulen und Kindertagesstätten sowie bei städtischen Empfängen soll deutlich erhöht werden. Wie bedeutend das Engagement von Kommunen beim Fairen Handel ist, belegen die Zahlen: Jährlich investieren Bund, Länder und Kommunen rund 360 Milliarden Euro in Waren und Dienstleistungen – 50 Pro-

zent dieser Ausgaben entfallen auf Kommunen. „München trägt als Großstadt eine besondere Verantwortung, der wir gerecht werden möchten", sagte Monatzeder. „Ganz gleich, wie die Jury entscheidet, Fairness sollte in München beim Einkauf immer eine Rolle spielen. Wir müssen lernen, dass wir nicht einfach konsumieren, sondern verantwortungsbewusst konsumieren."
Folgende Projekte sind unter anderem in den vergangene Jahren unter Beteiligung der Landeshauptstadt München umgesetzt worden:

- München-Kaffee und München-Schokolade
  (vom Verein Nord-Süd Forum München e.V. entwickelte faire Produkte),
- Fairer Kaffee und fairer Tee werden bei Stadtrats-Vollversammlungen ausgeschenkt,
- „Grab- und Natursteine fair einkaufen – ausbeuterische Kinderarbeit verhindern",
  Broschüre der Städtischen Friedhöfe München, der Steinmetz-Innung München-Oberbayern, dem Verein Nord Süd Forum München und weiteren Kooperationspartnerinnen- und partnern,
- „Fairer Einkauf in München 4 Kids",
  Broschüre Nord Süd Forum München e.V.,
- „Fairer Einkauf in München - gewusst wo!",
  Broschüre Nord Süd Forum München e.V.,
- Klimapartnerschaft der Landeshauptstadt München mit den Asháninka in Peru.

„München zeigt Gesicht!" gegen Rassismus mit Plakataktion

(21.8.2012) Rund 700 Portraits von Münchnerinnen und Münchnern, die mit ihren Gesichtern die Münchner Stadt-Silhouette formen - mit diesem Motiv werben seit heute 100 Großflächenplakate in der ganzen Stadt im Rahmen der Aktion „München zeigt Gesicht!" für Toleranz und Respekt.
Unter dem Motto „München zeigt Gesicht!" hatte die Stadt ihre Bewohnerinnen und Bewohner in den vergangenen Wochen dazu aufgerufen, mit ihrem Portraitfoto ein Zeichen gegen Rassismus, Diskriminierung und Menschenfeindlichkeit zu setzen. Rund 2.000 Münchnerinnen und Münchner unterstützten die Aktion, indem sie ein Bild von sich bei Facebook oder über den Laut-gegen-Brauntöne-Blog hochluden. Auch zahlreiche Prominente zeigten Gesicht für die Kampagne für Toleranz und Respekt, darunter Dr. h.c. Charlotte Knobloch, Luise Kinseher, Alexandra Polzin, Konstantin Wecker und Professor Dr. Julian Nida-Rümelin. Die besten Einsendungen zieren nun das Plakat, das im Rahmen der Kampagne „Laut gegen Brauntöne" für mehr Toleranz und Respekt werben soll.

Entwickelt hat das Plakatmotiv die Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation, die Ströer Deutsche Städte Medien GmbH stellte die Plakatflächen kostenfrei zur Verfügung.
Die Kampagne „Laut gegen Brauntöne“ wird ab November mit Diskussions- und Musikabenden im Feierwerk, einer Ausstellung und einer Club-Nacht fortgesetzt.
Nähere Informationen gibt es unter *www.laut-gegen-brauntoene.de*.

ESC Kongress 2012: München wieder Welthauptstadt der Herzmedizin

(21.8.2012) Von 25. August bis 29. August 2012 wird München wieder zur Welthauptstadt der Herzmedizin. Mehr als 30.000 Herzspezialisten aus aller Welt reisen nach München, um am Kongress der renommierten European Society of Cardiology im Kongresszentrum ICM und auf dem Gelände der Messe München teilzunehmen. Nach 2004 und 2008 hat sich die Gesellschaft der Europäischen Kardiologen bereits zum dritten Mal für die bayerische Landeshauptstadt entschieden. Unter dem Motto „Vom Labor in die Praxis“ soll der Kongress den Teilnehmern wertvolle Impulse für ihre tägliche Arbeit geben; im Kongressprogramm wird das gesamte Spektrum der Herz-Kreislauf-Erkrankungen und der neuesten Diagnose- und Behandlungsmethoden abgedeckt. „Die Landeshauptstadt München freut

sich über einen Top-Kongress von großer internationaler Strahlkraft. Kongresse dieser Größenordnung positionieren München als hervorragenden Kongress-Standort. Sie sind zusätzlich hoch attraktiv für die heimische Tourismuswirtschaft", so Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München.
Das ICM garantiert einen reibungslosen Ablauf; die Organisation des Großkongresses wurde seit Monaten akribisch geplant und Abläufe perfektioniert. Allein in den Messehallen wurden zusätzliche 16.000 Sitzplätze geschaffen.
„Wer in den Tagen vor und während des Kongresses mit offenen Augen durch München läuft, spürt, welche Dynamik die Stadt entwickelt und mit wie viel Sympathie die Kardiologen diesem Willkommen begegnen. Wir als Messe München helfen beim Gelingen mit einem hochmodernen Kongress- und Messegelände sowie spezialisierten Serviceleistungen. Alles in allem aber resultieren der Erfolg des Kongresses und die positiven Eindrücke, die die Teilnehmer mit nach Hause nehmen, aus dem perfektem Zusammenspiel aller," fasst Dr. Reinhard Pfeiffer, der für das Kongressgeschäft zuständige Geschäftsführer der Messe München GmbH, stellvertretend für alle Partner das erfolgreiche konzertierte Engagement der vergangenen Monaten zusammen.

München zeigt Herz

Die Landeshauptstadt, Münchens Hotellerie und Gastronomie, der Flughafen und die Messe München International sowie Handel und Industrie haben anlässlich des ESC Kongresses unter dem Motto Munich Welcomes ESC Congress eine ganze Reihe von Aktionen und Citymarketing-Maßnahmen umgesetzt, die allesamt ein herzliches Willkommen ausdrükken. So wehen beispielsweise an zentralen Stellen der Stadt die Fahnen der European Society of Cardiology. Taxen und Busse tragen für die Dauer des Kongresses ein eigens für den ESC Kongress entwickeltes Munich Welcomes ESC Congress-Branding – für alle Hostessen und Mitarbeiter der beteiligten Partner wurden im gleichen Design Welcome-Buttons produziert. An eigens aufgebauten Informationsschaltern stehen Hostessen und Gästeführer den ankommenden Kongressteilnehmern an Flughafen, Hauptbahnhof, Marienplatz und in ausgewählten U-Bahnstationen für Fragen zur Verfügung. Eine gebrandete Verkehrs- und Wegeleitführung führt die Kongressteilnehmer vom Flughafen München, vom Hauptbahnhof und allen wichtigen Knotenpunkten aus dem Zentrum der Stadt direkt zum Messegelände.

Die Ansprüche steigen

Die Kardiologen fühlen sich wohl in der Stadt, die 1962 bis 2005 den Slogan „Weltstadt mit Herz" für ihr Stadtmarketing verwendete - auch des-

halb haben sich die Organisatoren erneut für München entschieden. Dies ist keine Selbstverständlichkeit: München hat starke Konkurrenten im In- und Ausland, die um die hochwertigen Medizin-Kongresse konkurrieren. Um bedeutende Veranstaltungen, die bereits in München gastierten, muss immer wieder von Neuem geworben werden. Im Wettbewerb der Kongressdestinationen entscheidet heute mehr denn je die Attraktivität und die Identität eines Standortes über den Erfolg bei der Veranstaltungsakquise. Unmittelbar nach dem erfolgreichen ESC Kongress 2008 in München führten die Messe München und das Kongressbüro der Landeshauptstadt München die Verhandlungen für den diesjährigen ESC Kongress fort und erhielten 2009 den Zuschlag für die erneute und damit dritte Durchführung 2012. Die Ansprüche an eine erstklassige Hotellerie und Gastronomie, an Erreichbarkeit und direkte Flugverbindungen sowie den Erholungs- und Freizeitwert einer Destination steigen auf Veranstalter- wie Besucherseite ständig. München vereint diese Ansprüche auf hohem Niveau.

„Alles fürs Herz“

Auch die Münchner Bevölkerung wird von der Anwesenheit der internationalen Spezialisten profitieren und aktiv in die Thematik des Kongresses einbezogen. Am Freitag, 24. August, 14 bis 18 Uhr, und Samstag, 25. August, 10 bis 18 Uhr, findet auf dem Wittelsbacher Platz die Erlebnisveranstaltung „Alles fürs Herz“ statt, eine Initiative der Deutschen Gesellschaft für Kardiologie und der Deutschen Herzstiftung in Zusammenarbeit mit der ESC. Kostenlose Gesundheitschecks, Vorträge, Schaukochen, sportliche Übungen und Erläuterungen zu Herz-CT oder Herz-MRT bieten praxisnahe Informationen für die Münchner Bürgerinnen und Bürger.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 21. August 2012

Städtische Verkehrspolitik in Laim und Pasing
Anfrage Stadtrat Josef Schmid (CSU) vom 18.1.2012

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

In Ihrer Anfrage vom 18.01.2012 hinterfragen Sie Bautätigkeiten in Laim und Pasing.

Vorab bedanke ich mich für die entsprechend meiner Zwischennachricht vom 03.02.12 gewährte Terminverlängerung.

Die von Ihnen in diesem Zusammenhang gestellten Fragen betreffen Angelegenheiten, die in die Zuständigkeitsbereiche der Münchner Verkehrsgesellschaft mbH (MVG), des Baureferats und des Kreisverwaltungsreferats (KVR) fallen. Ergänzend wurde eine Stellungnahme des Behindertenbeirats der LHM eingeholt. Anhand dieser Rückmeldungen können Ihre Fragen wie folgt beantwortet werden:

Vorbemerkung des Behindertenbeirats:
Die Umbaumaßnahmen sind insbesondere für Menschen mit Behinderung und alte Menschen seit Jahren mit großen Einschränkungen verbunden. Um zu einem guten abschließenden Ergebnis zu kommen, hat sich der Städtische Beraterkreis Barrierefreies Planen und Bauen in Abstimmung mit dem Bayerischen Blinden- und Sehbehindertenbund (BBSB) und dem Behindertenbeirat der LHM bemüht, auf die barrierefreie Umsetzung des gesamten Projekts Einfluss zu nehmen. Der Behindertenbeirat hat schriftlich mehrfach auf die geltende Rechtslage und den sich daraus ergebenden Verpflichtungen hingewiesen und zu den baulichen Maßnahmen beraten.
Zu den Haltestellen ist generell anzumerken, dass sich der Behindertenbeirat nur dann für eine kleinere Ausführung des Wetterschutzes ausspricht, wenn Haltestellen eine geringere Bewegungsfläche aufweisen als sie die DIN 18024-1 fordert. Es gibt einen mit der MVG abgestimmten Regelplan. Ansonsten ist bei hohem Fahrgastaufkommen immer ein großer Wetterschutz vorzuhalten.

Frage 1:
Warum wird die vom Bezirksausschuss geforderte und im Mail des Baureferats vom 18.05.2010 in den Plänen eingezeichnete Fußgängerfurt am Pasinger Bahnhof in der Kaflerstraße nicht gebaut?

Antwort des Baureferats:
Querungsmöglichkeit Kaflerstraße:
Im Rahmen der Anhörung zur ingenieurmäßigen Planung zur Projektgenehmigung „Pasing Zentrum, Gestaltung von Straßen und Plätzen" hat der Bezirksausschuss des Stadtbezirks 21 in seiner Sitzung am 04.05.10 eine umfassende Stellungnahme zur Planung im Pasinger Zentrum abgegeben. Zum Plan 1B: Bahnhofsvorplatz wurde u.a. Folgendes ausgeführt:
„Es wurden 10 Bushaltestellen eingerichtet. Welche Busse halten zukünftig wo? Die beiden Bushaltestellen in der sogenannten Furt werden abgelehnt. Die Möglichkeiten (Absenkungen in den Bordsteinkanten) zum geordneten Queren der Kaflerstraße (zweifach) im Bereich des Busbahnhofs sind zu realisieren."

Zur Anfrage des BA zur Anordnung der künftigen Haltestellen wurde der BA-Geschäftsstelle am 12.05.10 eine Folie der SWM per E-Mail übermittelt. Auf dieser sind Zebrastreifen zu erkennen. Es wurde aber in der E-Mail darauf hingewiesen, dass der Folie zwar die Situierung der Bushaltestellen entnommen werden kann, alle weiteren Punkte jedoch im Rahmen der Projektgenehmigung zu „Pasing Zentrum, Gestaltung von Straßen und Plätzen" behandelt werden.

In der Projektgenehmigung vom 23.06.10 zu „Pasing Zentrum, Gestaltung von Straßen und Plätzen" (Sitzungsvorlage Nr. 08-14/V 04413) hat die Verwaltung eine Erwiderung zu den Forderungen des Bezirksausschusses abgegeben. So haben die zuständigen SWM zu der Forderung, auf die beiden Bushaltestellen in der Furt zu verzichten, Folgendes in der o.a. Beschlussvorlage ausgeführt:
„Die Positionierung von insgesamt 10 Bushaltestellen im Bereich der Kaflerstraße ist erforderlich. Alle diese 10 Bushaltestellen sind zur betrieblichen Abwicklung der starken Fahrgastströme mit entsprechenden Fahrtenzahlen (über 100 Abfahrten in der Spitzenstunde und lange Fahrgastwechselzeiten) unbedingt erforderlich, inklusive der beiden Haltepositionen in der Busfurt zwischen Irmonherplatz und Gleichmannstraße. Auf keine dieser Haltepositionen kann verzichtet werden."

Vor diesem Hintergrund hat sich die Verwaltung zu den Querungsmöglichkeiten im Bereich Busbahnhof wie folgt geäußert:

„Im Bereich des Busbahnhofs wird der Bordstein mit 18 cm Abstich ausgeführt, um einen barrierefreien Zugang zu den Bussen zu gewährleisten. Querungen über die Kaflerstraße sind in Bereichen mit guten Sichtbeziehungen und ohne rangierende Busse an der Emil-Neuburger-Straße und am Irmonherplatz vorgesehen."

Sowohl im Bauausschuss am 15.06.10 als auch in der Vollversammlung des Stadtrates am 23.06.10 wurde das Projekt nach Maßgabe der vorgelegten Entwurfsplanung genehmigt.

Am 03.02.12 hatte der BA 21 zu einer Ortsbesichtigung u.a. zum Thema Querungen eingeladen. Dabei wurden die Hinderungsgründe nochmals von Vertretern des KVR, der SWM/MVG und des Baureferats erläutert. Der BA hat mit Schreiben vom 26.03.12 Änderungen vorgeschlagen. Dazu wurde dem Bezirksausschuss mitgeteilt, dass nach Umsetzung des Verkehrskonzeptes und Beendigung der Bauarbeiten sich die Situation komplett verändern wird. Es ist davon auszugehen, dass die Situation im Bahnhofsbereich und im Übergang zum künftigen verkehrsberuhigten Geschäftsbereich Fußgängerverkehre bündelt. Alle beteiligten Referate empfehlen, dies abzuwarten, da derzeit keine zusätzlich gesicherten Querungen möglich sind.

Frage 2:
Wie wurde die Größe der Wartehäuschen am neuen Pasinger Busbahnhof berechnet und wie kann es passieren, dass die Planungen viel zu kleine Wartehäuschen ergeben?

Antwort der SWM/MVG:
Zur Ausstattung der Haltestellen lässt sich feststellen, dass dort entsprechend des hohen Fahrgastaufkommens die größten zur Verfügung stehenden Wartehallen verwendet wurden.
Die Ausführung des Busbahnhofs und somit auch die Anordnung der Wartehallen gründet auf einem Wettbewerb, der neben städtebaulichen Aspekten die Anordnung von Bäumen, die Spartenlagen und restlichen Einbauten vor Ort berücksichtigte. Die Anordnung der Wartehallen berücksichtigt daneben auch den barrierefreien Zugang zum Bus: der Bereich der ersten beiden Türen ist hierbei generell, sofern es die örtlichen Gegebenheiten ermöglichen, von Einbauten freizuhalten. Abschließend weisen SWM/MVG darauf hin, dass die jetzige Situation eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem ursprünglichen Zustand darstellt, da bisher die Haltestellen in der Gleichmannstraße nicht mit Wartehallen ausgestattet waren.

Frage 3:
Warum wurde erst nach den Gleisbauarbeiten der MVG festgestellt, dass die Fahrbahn in der Agnes-Bernauer-Straße an mehreren Stellen zu schmal geworden ist? Die dem BA vorgelegten Pläne wurden von der CSU im Bezirksausschuss bereits gerügt und auf drohende Probleme hingewiesen.

Antwort der SWM/MVG/des Baureferats:
Sowohl der Bereich Willibaldplatz als auch die Haltestelle Westbad liegen im Umgriff der Maßnahme „Gleiserneuerung und Haltestellenumbau in der Agnes-Bernauer-Straße zwischen Agnes-Bernauer-Platz und Westbad (Beschleunigung der Linie 19)". Vorhabensträger bzw. Bauherr sind die SWM/MVG. Sämtliche Planungen für die Haltestellenumbauten in der Agnes-Bernauer-Straße zwischen Agnes-Bernauer-Platz und Westbad sind mit den zuständigen Referaten der Stadt abgestimmt, von diesen freigegeben und gemäß genehmigter Planung umgesetzt worden. Die Planungen sind von Vertretern der SWM/MVG in den jeweiligen Bezirksausschüssen vorgestellt worden. Der BA 25 (Laim) hat der Maßnahme am 19.07.11, der BA 21 (Pasing - Obermenzing) am 26.07.11 zugestimmt.
Gerade die Haltestelle Westbad wurde auf ausdrücklichen Wunsch des örtlichen BA an ihren neuen Standort verlegt, um deren Erreichbarkeit zu verbessern, sie barrierefrei auszubauen und mit Wartehäuschen versehen zu können (dafür wäre an der alten Stelle kein Platz gewesen). Der in der Begründung der Anfrage erwähnte Schulbus-Unfall passierte laut Polizei aufgrund eines Fahrfehlers. Auch hier entspricht die Breite der Fahrspur den verbindlichen Vorgaben. Gleiches gilt für den Willibaldplatz.

Frage 4:
Wie ist in diesem Zusammenhang die o.g. Aussage der Polizei zu werten? Hat sich das KVR vor Festlegung des Halteverbots am Willibaldplatz mit der Polizei abgestimmt?

Antwort des KVR:
Im Hinblick auf die Durchführung des Winterdienstes fand am 07.12.11 auf Bitte des Baureferats eine Ortsbesichtigung am Willibaldplatz statt, an der auch die Polizei teilnahm. Hierbei wurden in erster Linie die Belange des Winterdienstes erörtert. Bei einer Probefahrt mit einem Räumfahrzeug zeigte sich, dass die Durchfahrbreite für solche Fahrzeuge neben parkenden Fahrzeugen zu schmal ist. Zur Sicherstellung des Winterdienstes war es daher notwendig, an der Südseite des Willibaldplatzes Halteverbote zu errichten. Von der Polizei wurden hierzu keine Einwände vorgebracht.

Antwort der SWM/MVG:
Am 23.01.12 fand ein Ortstermin mit BA-Vertretern, KVR, Polizei, SWM/MVG sowie Ladeninhabern statt, um eine dauerhafte Lösung herbeizuführen. Auf diesem Ortstermin wurde festgelegt, dass durch SWM/MVG bzw. dem planenden Ingenieurbüro eine zusätzliche Planung in Abstimmung mit den städtischen Referaten für die südliche Parkbucht durchgeführt wird, deren Ziel es ist, genügend Raum für die Parkplätze und die angrenzende Fahrspur zu schaffen. Anschließend wird diese Planung dem BA vorgestellt.

Frage 5:
Wer ist für die genannten Schildbürgerstreiche verantwortlich?

Antwort:
Es darf auf die obigen Ausführungen zu Ihren Sachfragen und die sich daraus ergebenden Zuständigkeiten verwiesen werden.

Frage 6:
Was gedenken die Verantwortlichen jetzt zu tun, um die Situation vor Ort wieder zu bereinigen. Ist z.B. daran gedacht, auf der südlichen Seite der Agnes-Bernauer-Straße die Parkbucht und damit auch den Fußgängerweg soweit in Richtung Süden zu verlegen, dass für alle Verkehrswege sowie Parkplätze genügend Raum vorhanden ist oder die Tramhaltestelle Westbad so zu verlegen, dass der Gefahrenpunkt wieder entschärft werden kann?

Antwort des Baureferats:
Mittlerweile liegt dem Baureferat eine Empfehlung (Nr. 08-14/E 01151) aus der Bürgerversammlung des Stadtbezirks 25 (Laim) vom 25.11.11 vor. In der Empfehlung wird ein Gesamtkonzept mit dem Ziel der Aufwertung des Willibaldplatzes und die Umsetzung des Konzeptes unter Einbindung der entsprechenden Fachreferate und der MVG gefordert. Das Baureferat hat daraufhin ein erstes Konzept entwickelt und mit dem KVR sowie SWM/MVG abgestimmt. Bereits am 29.02.11 hat das Baureferat zu einem Ortstermin geladen. Anwesend waren Vertreter des BA 25, anliegende Geschäftsleute und Anwohner sowie Vertreter des KVR und der SWM/MVG. Das Konzept für die mögliche Neugestaltung wurde vorgestellt und von den Anwesenden durchweg positiv aufgenommen.
Die baulichen Anpassungen durch die SWM/MVG zur Verbesserung der Parksituation (siehe Ausführungen der SWM/MVG zur Frage 4) können unabhängig vom vorgeschlagenen Konzept des Baureferats erfolgen.

Im Übrigen darf auf die obigen Ausführungen verwiesen werden.

Frage 7:
Wer trägt die Kosten der Nachbesserungen?

Antwort:
Als Vorhabensträger bzw. Bauherr für die Gleiserneuerungsmaßnahme in der Agnes-Bernauer-Straße tragen SWM/MVG auch die Kosten für die in den Ausführungen zu Frage 4 dargelegten, geplanten baulichen Anpassungen zur Verbesserung der Parksituation. Kostenaussagen können aufgrund des derzeitigen Planungsstadiums noch nicht getroffen werden.

Ich hoffe, dass Ihre Fragen hiermit zufriedenstellend beantwortet werden konnten.

Auensiedlung II
Kommunikationspannen wie beim Einsatz in der Auensiedlung im Februar 2012 verhindern
Antrag Stadträte Robert Brannekämper, Richard Quaas und Mario Schmidbauer (CSU) vom 30.3.2012

Antwort Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle:

Am 30.03.2012 beantragten Sie:

Durch frühzeitige Aktivierung des Stabes für außergewöhnliche Ereignisse (SAE) sollen in Zukunft Kommunikationsdefizite im Bereich der Integrierten Leitstelle der Berufsfeuerwehr im Zusammen wirken mit anderen Hilfsorganisationen verhindert werden.

Zur Begründung führten sie an:
In der Nacht 12./13. Februar 2012 gegen 23:30 Uhr ging in der Integrierten Leitstelle der Berufsfeuerwehr ein Notruf eines Bewohners der Auensiedlung ein mit der Bitte, die Folgen des Grundwassereinbruchs mittels einer starken Pumpe zu beseitigen. Etwa zehn Minuten später traf ein Fahrzeug der Berufsfeuerwehr München an der Einsatzstelle ein. Die Fahrzeugbesatzung schlug aber mangels geeigneter Ausrüstung (Pumpe) dem Bewohner (!) vor, dass er die Integrierte Leitstelle erneut selbst anrufen solle, um über das Technische Hilfswerk eine entsprechend leistungsstarke Schmutzwasserpumpe zu organisieren.
Gegen 23:50 Uhr meldete sich deshalb der betroffene Bürger wieder bei der Integrierten Leitstelle und bat um Alarmierung des Technischen Hilfswerks. Trotz mehrfacher erneuter Nachfragen durch den Bewohner in der Integrierten Leitstelle geschah in dieser Richtung nichts.
Wegen weiteren raschen Ansteigens des Wasserspiegels im Keller wurde von dem Bewohner gegen 3:10 Uhr nun mit Nachdruck um Hilfe gebeten, woraufhin eine Führungskraft der Feuerwehr erschien. Erst daraufhin wurde innerhalb kürzester Zeit die schon lange benötigte Pumpe doch durch die Berufsfeuerwehr zum Einsatz gebracht.
Durch die geschilderte Kommunikationspanne gab es in diesem Fall von Notruf des Bürgers bis zum gezielten Eingreifen der Berufsfeuerwehr eine Zeitverzögerung von fast vier Stunden! Durch frühzeitige Aktivierung des Stabes für außergewöhnliche Ereignisse könnten Pannen dieser Art verhindert werden.

Nach § 60 Abs. 5 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt des Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, da es sich bei der Thematik zur Einberufung des SEA um den Vollzug des Bayerischen Katastrophenschutzgesetzes und der dazu erlassenen Dienstanweisungen handelt, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag teilen wir Ihnen folgendes mit:

1. Einsatzlage am 12./13.02.2012:

Die im Antrag beschriebenen Einsätze sind in einem Gesamtzusammenhang einer sich ab 06.02.2012 entwickelnden, über mehrere Tage hinweg andauernden Einsatzlage zu sehen. Eine isolierte Betrachtung der einzelnen Feuerwehreinsätze kann beim externen Betrachter ein missverständliches Bild erzeugen. Im Gesamtzusammenhang ergibt sich folgende Bewertung:

Anwohner der Auensiedlung hatten bereits am 06.02.2012 einen Anstieg des Grundwasserspiegels festgestellt. Dementsprechend gingen an diesem, wie auch an den nachfolgenden Tagen, mehrere Hilfeersuchen von Bürgerinnen und Bürgern über eindringendes Grundwasser beim Notruf 112 der Integrierten Leitstelle (ILSt) ein. Diesen Hilfeersuchen entsprach die ILSt jeweils unmittelbar durch Entsendung von Feuerwehreinsatzkräften mit geeigneter Ausrüstung nach der sog. Alarm und Ausrückeordnung. Aufgrund individueller Lagebeurteilung durch den Einsatzleiter vor Ort wurden überall dort, wo es möglich und sinnvoll war, Pumpen zum Einsatz gebracht, um den weiteren Anstieg des eindringenden Wassers in den Gebäuden einzudämmen.
Die Ursache des Grundwasseranstieges war zu diesem Zeitpunkt noch nicht eindeutig ermittelt. Deshalb wurden von der ILSt das Referat für Gesundheit und Umwelt und das Wasserwirtschaftsamt München verständigt und als Fachdienststellen in die Planung des weiteren Vorgehens eingebunden.

Ab dem 08.02.2012 begannen die weiterhin tätigen Feuerwehreinsatzkräfte in Absprache mit diesen Fachdienststellen einen in unmittelbarer Nähe zur Auensiedlung liegenden, Grundwasser gespeisten Weiher mit erhöh-

tem Wasserstand durch Wasserentnahme mit Pumpen abzusenken. Hierzu wurden zudem Hochleistungspumpen des THW eingesetzt.

Am 09.02.2012 fand vor Ort auf Initiative der Branddirektion eine Dienststellen übergreifende Besprechung mit dem Referat für Gesundheit und Umwelt, dem Baureferat, dem Wasserwirtschaftsamt München und dem THW statt, bei dem die Federführung für die Schadenlage an das RGU übergeben wurde. Dabei wurde unter anderem festgelegt, die Abpumparbeiten durch das THW an dem Weiher einzustellen, da der Wasserspiegel bereits um ca. 60 cm abgesenkt werden konnte und sich die in die Anwesen eingedrungenen Wassermengen deutlich reduziert hatten. Die Anwohner wurden hierüber ausführlich in Kenntnis gesetzt und darauf hingewiesen, sich für ggf. weitere notwendige Pumparbeiten auch selbst geeignete Pumpen über den Fachhandel zu besorgen.

In den folgenden Tagen wurden zum Teil selbständig, zum Teil durch Nachfragen der Bewohner des Schadensgebiets mehrfach Nachsichten durch Feuerwehrführungs- und Feuerwehreinsatzkräfte durchgeführt. Dabei wurde keine weitere Lageverschlechterung festgestellt. Anhand der Lagebeobachtung traf der Einsatzleiter die Einschätzung, dass auch durch zusätzliche Pumparbeiten keine wesentliche Verbesserung herbeigeführt werden könne, solange die Schadenursache nicht geklärt sei.

Während der beiden im Antrag beschriebenen Einsätze in der Nacht vom 12.02.2012 auf 13.02.2012 waren bei Eintreffen der Feuerwehrkräfte wiederum mehrere Hochleistungspumpen des THW zur Absenkung des Wasserspiegels des Weihers wirkungsvoll im Einsatz.
Beim Einsatz um 23:30 Uhr traf die Einsatzleitung der Feuerwehrkräfte die Einschätzung, dass ein zusätzlicher Einsatz von Einsatzmitteln der Feuerwehr keine weitere Verbesserung der Situation bringen würde. Unter Berücksichtigung der Gefahr, dass das Gebäude bei vollständigem Abpumpen des in den Keller eingedrungenen Wassers aufgrund des Drucks des umliegenden Grundwassers „aufschwimmen“ kann und dadurch unabsehbare Gebäudeschäden entstehen, wurden keine weiteren Maßnahmen veranlasst.
Im weiteren Verlauf dieses Einsatzes entstand dann offensichtlich ein Missverständnis zwischen dem Gebäudebesitzer und den Feuerwehrkräften vor Ort hinsichtlich der weiteren Lagebeobachtung und der Einbindung des THW.
Beim zweiten Einsatz in der Nacht um 03:10 Uhr stellten die erneut alarmierten Feuerwehrkräfte fest, dass sich die Schadenlage gegenüber der

Situation um 23:30 Uhr wider Erwarten erkennbar verändert hatte. Es wurde ein erhöhter Wassereintritt in den Keller des Gebäudes festgestellt, so dass zur Stabilisierung dieser Situation zusätzlich eine Pumpe durch die Feuerwehrkräfte eingesetzt wurde.

Im Ergebnis traten bei der zur Schadensbewältigung gewählten, mit den zuständigen Stellen abgestimmten Vorgehensweise keine Kommunikationsdefizite der ILSt auf. Die getroffenen Maßnahmen basierten auf einer gewissenhaften Bewertung der jeweils aktuellen Situation durch die eingesetzten Einsatzführungskräfte in Abstimmung mit den zuständigen Fachdienststellen. Die erkannte Fehlverständigung zwischen Gebäudebesitzer und Feuerwehrkräften vor Ort bzgl. der weiteren Einbindung des THW spielte sowohl für den Schadenverlauf als auch für die Vorgehensweise ein untergeordnete Rolle.

2. Einberufung des SAE:

Bei den beschriebenen Einsätzen bestanden, wie oben dargestellt, zu keinem Zeitpunkt Kommunikationsdefizite im Bereich der ILSt im Zusammenwirken mit den beteiligten Einsatzkräften und Fachdienststellen. Bereits seit dem 08.02.2012 waren alle zur Bewältigung der Schadenslage notwendigen Stellen (Fachreferate der Stadt München, das THW) frühzeitig auf operativ-taktischer Ebene eingebunden. Im Einvernehmen mit allen Beteiligten wurden die Pumparbeiten im Wesentlichen durch die beim THW vorhandenen und für diese Lage am Besten geeigneten Einsatzmittel durchgeführt.
Die Einberufung des SAE ist bei flächigen Großschadenslagen, bei denen beispielsweise das gesamte Stadtgebiet oder aber große Teile davon betroffen sind und erheblicher Koordinierungsbedarf auch auf politisch-administrativer Ebene zu bewältigen ist, erforderlich. Zu denken ist hier z.B. an die Beschaffung von Unterbringungsmöglichkeiten, Transportmitteln, Räumgerät o.ä. in erheblichem Umfang, also weit über das hinaus, was die Feuerwehr mit den anderen zur Hilfeleistung bereit stehenden Organisationen leisten kann. Auch die Beschaffung von Finanzmitteln und Personal über die vorhandenen Ressourcen hinaus und die Klärung komplexer Rechtsfragen im Zuge einer großen Hilfsmaßnahme oder eines Großeinsatzes kann der Steuerung durch den SAE obliegen. Lediglich die lange Zeitdauer des Einsatzgeschehens hätte vom Grundsatz her die Einrichtung des SAE ermöglicht, jedoch keines Falls für sich alleine gesehen notwendig gemacht.

Kommunikationspannen an der Einsatzstelle sind kein Risiko im Einsatzprozess, das durch das Vorhandensein des SAE verhindert oder minimiert werden könnte. Sie vollständig vermeiden zu können, widerspricht jeder Lebensrealität. Schulungsmaßnahmen für die Einsatzkräfte und innerbetriebliche Organisationsmaßnahmen sind weit besser geeignet, hier vorbeugend entgegenzuwirken. Die Branddirektion führt seit langem schon sogenannte Einsatznachbesprechungen durch, die auch Verbesserungspotential aufzeigen sollen, das dann im Wege des Qualitätsmanagements umgesetzt wird.
Der SAE stellt in seiner Zielrichtung (Siehe Anlage: Seiten 1 - 5 und 8, 9 der gültigen Stabsdienstordnung) und in seiner hochrangigen Besetzung ein wirkungsvolles Instrument zur Bekämpfung von Großschadenslagen mit sehr umfangreichem und schwierigem politischen und administrativen Erledigungsbedarf dar. Im vorliegenden Fall war jedoch eine lokal begrenzte, überschaubare Schadenslage gegeben. Die Einbindung des SAE hätte in dieser Lage zu keinen anderen Maßnahmen geführt, so dass solche begrenzt eintretenden Schadenlagen auch zukünftig im Rahmen der standardmäßig bestehenden Einsatzführungsstrukturen der Gefahrenabwehr abgewickelt werden können. Dem Antrag Nr. 08-14/A 03223 der Stadtratsfraktion der CSU vom 30.03.2012 kann aufgrund der vorstehenden Ausführungen daher nicht entsprochen werden.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Wir gehen davon aus, dass Ihr Antrag als erledigt gelten darf.

Die Anlage kann im Presse- und Informationsamt angefordert oder online im Ratsinformationssystem unter dem Link „Stadtrat“ auf www.muenchen.de/rathaus abgerufen werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 21. August 2012

Wie geht es weiter mit der Jenaplan-Einrichtung?
Dringlichkeitsantrag Stadtrat Josef Schmid (CSU)

Vorplatz der St. Anna Kirche am Harlachinger Berg mit dem Claude Lorrain Denkmal
Antrag Stadtrat Dr. Reinhold Babor (CSU)

Klimasymposium der LH München 2013
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler)

Missverständliche S-Bahn Ausschilderung am Marienplatz
Antrag Stadtrats-Mitglieder Johann Altmann und Ursula Sabathil (Freie Wähler)

Die Bundesarbeitsministerin beim Wort nehmen – Schulschwänzen sanktionieren!
Antrag Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
21.08.2012

Dringlichkeitsantrag
für den für den Feriensenat am 22.08.2012

Wie geht es weiter mit der Jenaplan-Einrichtung?

Die Verwaltung stellt dem Stadtrat die Probleme der Jenaplan-Einrichtung dar und zeigt mögliche Lösungen auf.

Begründung:

Mit Beschluss vom Januar 2012 hat der Stadtrat einem Baukostenzuschuss in Höhe von 695.069 Euro für die oben genannte Einrichtung zugestimmt. Jenaplan will – neben einer Grundschule – eine Betreuung der Kinder in Form von Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen anbieten.

Nun soll es im Rahmen eines Gesprächs bei der zweiten Bürgermeisterin deutlich geworden sein, dass der im Januar 2012 im Grundsatz genehmigte Zuschuss für die Betreuung nicht erfolgen kann, die Einrichtung mit einem negativen Bescheid rechnen müsse.

Der Stadtrat soll über den Sachverhalt aufgeklärt werden. Da München dringend Kinderbetreuungsplätze benötigt, soll auch geklärt werden, ob und ggfs. welche Möglichkeiten seitens der Stadt (noch) bestehen, diese Betreuungseinrichtung zu ermöglichen.

Von Seiten der Betroffenen wird angeführt, dass die Stadt die Einrichtung mit immer mehr und immer neuen Forderungen überrascht habe. Auch dazu soll Stellung genommen werden.

gez.
Josef Schmid
Fraktionsvorsitzender

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

Fraktion im
MÜNCHNER STADTRAT

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Antragsteller:
Stadtrat
Dr. Reinhold Babor

ANTRAG

21.08.2012

Vorplatz der St. Anna Kirche am Harlachinger Berg mit dem Claude Lorrain Denkmal

Die Verwaltung prüft, welche bauliche bzw. gärtnerische Maßnahmen notwendig sind, damit dieser Platz mehr Aufenthaltsqualität erhält.

Begründung:

Nachdem das St. Anna Kircherl, ein Rokoko-Juwel, aufwändig restauriert wurde, könnte das Areal am Harlachinger Berg aufgewertet werden, wenn auch der Platz neben dem Kircherl zum Verweilen einlädt. Neben dem Denkmal befindet sich alter Baumbestand. Bei ausreichender Absicherung eignet sich der Platz auch für Bürgerfeste und ist der nördliche Abschluss der vielbesuchten Hochleite.

Gez.
Dr. Babor, Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München
Tel. 233-92650, Fax: 291 37 65, csu-fraktion@muenchen.de, www.csu-rathaus-muenchen.de

FREIE WÄHLER – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Antragsteller

Ursula Sabathil
Johann Altmann

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: ursula.sabathil@muenchen.de
johann.altmann@muenchen.de
E-Mail Stadtratsbüro: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 20. August 2012

ANTRAG

Klimasymposium der LH München 2013

Der Stadtrat der LH München möge beschließen, ein Klimasymposium im Jahr 2013 durchzuführen.

Begründung:

In einem Beitrag der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung vom 12. August 2012 wird ausgeführt, dass im Zuge der Erderwärmung präventiv Maßnahmen gegen eine Überhitzung der Städte ergriffen werden müssen. Aktuelle Statistiken zeigen, dass bereits 75 Prozent der Gesamtbevölkerung der Bundesrepublik in Städten leben. Dies zeigt, dass vorbeugende Maßnahmen gegen eine zunehmende Überhitzung der Städte ergriffen werden müssen, um Begleiterscheinungen der Erderwärmung wie zum Beispiel den städtischen „Wärmeinsel-Effekt“ zu reduzieren und somit langfristig die hohe Lebensqualität in der LH München zu sichern.

gez.

Ursula Sabathil
ehrenamtliche Stadträtin

gez.

Johann Altmann
ehrenamtlicher Stadtrat

...

FREIE WÄHLER – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Antragsteller

Ursula Sabathil
Johann Altmann

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: ursula.sabathil@muenchen.de
johann.altmann@muenchen.de
E-Mail Stadtratsbüro: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 20. August 2012

ANTRAG

Missverständliche S-Bahn Ausschilderung am Marienplatz

Der Stadtrat der LH München möge beschließen:

Die missverständliche S-Bahn Ausschilderung am Marienplatz Richtung Ostbahnhof, insbesondere für Menschen mit körperlichen Einschränkungen, muss während der Umbaumaßnahmen umgehend korrigiert werden.

Begründung:

Im Marienplatz Untergeschoss wird durch die Beschilderung (siehe anliegendes Foto) der falsche Eindruck erweckt, dass die Rolltreppe links der Beschilderung zur S-Bahn Richtung Ostbahnhof führt.

Hier hinten befindet sich der nächste Hinweis zum Aufzug Bahnsteig Richtung Ostbahnhof/ Hauptbahnhof

...

Tatsächlich muss man aber die Rolltreppe rechts der Beschilderung zur S-Bahn Richtung Ostbahnhof nehmen.

Viele Touristen und sogar Münchner Fahrgäste werden dadurch in die Irre geführt und landen auf dem falschen Bahnsteig. Dies ist im Interesse der Fahrgäste inakzeptabel.

gez.

Ursula Sabathil
ehrenamtliche Stadträtin

gez.

Johann Altmann
ehrenamtlicher Stadtrat

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Antrag
21.08.2012

Die Bundesarbeitsministerin beim Wort nehmen – Schulschwänzen sanktionieren!

Ich beantrage:

1. Das Schulreferat setzt sich mit dem Kultusministerium ins Benehmen, um das Konzept „Bußgeld für Eltern von Schulschwänzern“ der Bundesarbeitsministerin in einem Modellversuch in der LHM umzusetzen.

2. Dem Stadtrat werden die Modalitäten des Modellversuchs dargestellt.

Begründung:

Bundesarbeitsministerin von der Leyen (CDU) regte dieser Tage an, die Eltern von Schulschwänzern notfalls mit Bußgeldern zu belegen. In Medienberichten wird die Ministerin mit den Worten zitiert: „Wenn wir über Langzeitarbeitslosigkeit reden, ist Schulschwänzen der Anfang. (...) 50 Prozent der Langzeitarbeitslosen hat [sic] keinen Schul- oder Berufsabschluß.“ Es sei entscheidend, den Anfängen zu wehren (zit. nach: http://www.sueddeutsche.de/bildung/ministerin-fordert-bussgeld-fuer-schulschwaenzer-geldentzug-tut-weh-1.1444602).

Hier ist die Landeshauptstadt München gefordert. Unentschuldigtes Fernbleiben vom Unterricht stellt auch an den Münchner Schulen ein Problem dar. Der Zugang zu den Familien – etwa wenn es sich um Schüler mit Migrationshintergrund handelt – gestaltet sich oft schwierig, gutes Zureden erweist sich häufig schon aus sprachlichen Gründen als kaum gangbarer Weg. Hier wären spürbare Sanktionen ein konstruktiver Vorschlag, um der Schulpflicht notfalls mit Bußgeldern Geltung zu verschaffen.

Es bietet sich an, daß das Schulreferat beim bayerischen Kultusministerium die Initiative ergreift und sich um den Start eines Modellversuchs an den Münchner Schulen bemüht. Das Nähere – Dauer des Versuchs, Höhe und Staffelung der Bußgelder etc. – wäre im Benehmen mit dem Kultusministerium und weiteren Behörden zu regeln.

Karl Richter, Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München, E-Mail: karl.richter@web.de I www.auslaenderstopp-muenchen.de